



Gemeinde Hofstetten-Flüh

PROTOKOLL

Ausserordentliche Gemeindeversammlung vom 14. Mai 2024, 19:00 Uhr,
in der Mehrzweckhalle Mammüt, Bünweg 2, Hofstetten

Vorsitz:	Tanja Steiger, Gemeindepräsidentin	
Protokoll:	Verena Rüger, Gemeindeschreiberin	
GR/Verw.:	Saskia Aebi-Stöcklin, Kultur, Gesellschaft und Digitalisierung	
	Stephan Hasler, Sicherheit und Finanzen	
	Andrea Meppiel, Bildung	
	Kurt Schwyzer, Hochbau und Ortsplanung	
	Brigitte Stöckli Oser, Soziales	
	Thomas Zeis, Energie- und Umwelt, Tiefbau	
	Aline Marro, Gemeindeleiterin	
	Sandra Seiler, Mitarbeiterin Finanzen	
	Patrick Gamba, Bauverwalter	
	Gaston Barth	10
Stimmberechtigte	Einwohnerinnen/Einwohner:	<u>349</u>
	Total	359
Pressevertreter:	Bea Asper, Wochenblatt	
	Nic Engel, bz	

TRAKTANDEN:

1. Wahl der Stimmenzähler
2. Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung
3. Genehmigung des Stellenplans 2024
4. Budget 2024:
 - 1) Genehmigung der Erfolgsrechnung
 - 2) Genehmigung der Investitionsrechnung
 - 3) Genehmigung der Spezialfinanzierungen
 - 4) Festsetzung der Teuerungszulage von 1.5 % für das Gemeindepersonal
 - 5) Festsetzung des Steuerfusses für natürliche und juristische Personen
 - 6) Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe
 - 7) die Gemeinde wird ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget durch die Aufnahme von Fremdmitteln / Darlehen zu decken
 - 8) Schlussabstimmung
5. Information über die mittel- und langfristige Finanzplanung 2024 – 2034
6. Postulat «Wildplakatierung» der SP
7. Verschiedenes

Begrüssung:

Tanja Steiger begrüsst die zahlreichen Anwesenden. Sie stellt die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Mitarbeitenden der Gemeinde vor. Zudem erklärt sie die Rolle von Herrn Gaston Barth, der als Berater einen korrekten Verfahrensablauf sicherstellen wird.

Sie teilt der Versammlung mit, dass es zu jedem Geschäft eine:

- Feststellung
- Eintretens-Frage
- Detailberatung
- Abstimmung

geben wird und Rückkommensanträge bis zum Ende der Versammlung möglich sind.

Votanten sollen sich mit Handzeichen melden, das Mikrofon benutzen, und ihr Votum deutlich und so kurz wie möglich abzugeben.

Während der Detailberatung zum Budget können Anträge zu ungebundenen Ausgaben gestellt werden. Beschlossene Kredite gelten als gebunden. Dazu können keine Anträge angenommen werden.

1. Wahl der Stimmenzähler

Als Stimmenzähler werden vorgeschlagen:

Name	Verantwortlich für Block:	Anzahl Stimmbe- rechtigte
Grit Preiss	Block 1, links	45
Colette Stolze	Block 1, rechts	35
Timo Kury	Block 2, links	46
Martin Hermann	Block 2, rechts	35
Philippe Matter	Block 3, links	45
Markus Stöckli	Block 3, rechts	34
Fabian Gschwind	Block 4, links	38
Ronny Caluori	Block 4, rechts	45
Mike Gschwind	Block 5, links	19
Beat Haberthür	Block 5, rechts	7
GR-Tisch		10
Total		359
Absolutes Mehr		181
1/3 Mehrheit		120

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung wählt die vorgeschlagenen Stimmenzähler mit grossem Mehr.

Traktandenliste

Tanja Steiger stellt die Traktandenliste vor. Sie schlägt vor, das Traktandum 5 (Finanzplan 2024 – 2034) vor dem Budget 2024 zur Kenntnis zu bringen, damit sich die Anwesenden einen besseren Überblick über die Auswirkungen machen können.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, gemäss der bereinigten Traktandenliste vorzugehen.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung genehmigt die bereinigte Traktandenliste (Finanzplan vor Budget) grossmehrheitlich.

2. Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2023 lag während der Einladungszeit auf der Gemeindeverwaltung zur Einsichtnahme auf.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung zu genehmigen.

Auf das Geschäft wird eingetreten.

Detailberatung:

In der Detailberatung werden folgende Wortmeldungen verzeichnet:

Heiko Keck, Flüh, moniert, dass sein Votum auf Seite 11 nicht korrekt wiedergegeben wurde (Vereinsbeiträge zu kürzen – nicht streichen) und verlangt eine Korrektur.

Domenik Schuppli, Hofstetten, stellt erfreut fest, dass er die Differenzen zu falsch protokollierten Voten mit der Gemeindeschreiberin mehrheitlich richtigstellen konnte.

Hingegen muss er darauf hinweisen, dass im Protokoll fälschlicherweise Frau Asper anstelle von Frau Katja Schmidli als Vertreterin der Presse (Wochenblatt) genannt wird. Er akzeptiert die Entschuldigung des Gemeinderats in Sachen Durchführung der letzten Gemeindeversammlung, bemängelt jedoch die Tatsache, dass im Protokoll unbeirrt die gleiche Anzahl an Stimmberechtigten (361) resp. Stimmenthaltungen aufgeführt wurden, obwohl gegen Ende der Versammlung viele den Saal verlassen hätten. Er empfiehlt daher, das Protokoll abzulehnen.

Auch Tom Meppiel, Hofstetten, ist aufgefallen, dass in den Resultaten der letzten Gemeindeversammlung immer gleich viele Stimmen aufgeführt wurden, obwohl ein reges Kommen und Gehen herrschten.

Tanja Steiger erklärt, dass stets das absolute Mehr der im Moment der Abstimmung anwesenden Leute zählt und das Vorgehen diesbezüglich korrekt war.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung genehmigt das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2023 mit 183 JA zu 92 NEIN.

3. Genehmigung des Stellenplans 2024

Tanja Steiger stellt fest, dass die Stellenprozente beim Technischen Dienst sich aus drei Vollzeit-Mitarbeitenden und einer Hilfskraft mit einem Teilzeitpensum von mind. 50 % (vertraglich garantiertes Mindestarbeitspensum) zusammensetzen. Sie erklärt, dass die Gemeindeversammlung am 12. Dezember 2023 auf Antrag eines Stimmbürgers beschlossen hat, die Stellenprozente des Technischen Dienstes auf 300 % zu beschränken. Der Antragssteller ging bei seinem Antrag davon aus, dass die betroffene Person privat-rechtlich angestellt ist und wollte verhindern, dass die Person in ein öffentlich-rechtliches Arbeitsverhältnis aufgenommen wird. Er befürchtete, dass die Gemeinde ansonsten Gefahr läuft, dass dieses Arbeitsverhältnis nie mehr kündbar ist.

Antrag:

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Stellenplan für den Technischen Dienst mit 360 % festzulegen.

Eintreten:

Der Eintretens Frage stimmen die **Stimmberechtigten grossmehrheitlich zu.**

Detailberatung:

Alfred Scheiwiller, Flüh, möchte wissen, ob die betroffene Person im Stundenlohn angestellt ist.

Thomas Zeis bestätigt dies und ergänzt, dass der Ferienanspruch im Stundenlohn inkludiert ist.

Domenik Schuppli, Hofstetten, betont, dass er unterstützt, dieser Person nicht kündigen zu müssen. Das war nie seine Absicht. Der an der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 2023 gezeigte Stellenplan wies jedoch 380 % aus, was seiner Ansicht nach nicht korrekt ist. Er ist der Meinung, dass die Person mit einem privat-rechtlichen Vertrag bis Ende Jahr angestellt und die Dienst- und Gehaltsordnung geändert werden sollte.

Tanja Steiger wiederholt nochmals, dass gemäss unserer Dienst- und Gehaltsordnung (DGO) nur Arbeitsverhältnisse mit weniger als 30 % Arbeitspensum mit einem privat-rechtlichen Vertrag abgeschlossen werden könnten, alle anderen Mitarbeitenden hingegen sind automatisch öffentlich-rechtlich angestellt.

Michael Gmünder, Flüh, möchte wissen, ob es unbesetzte Stellen gäbe, die der betroffenen Person angeboten werden könnte.

Tanja Steiger bestätigt, dass die Position Finanzverwaltung noch vakant sei, es dafür aber einen spezialisierten Fachmann benötige.

Donat Fritsch, Hofstetten, schlägt in seinem Votum vor, in Anbetracht der bevorstehenden Budgetdebatte möglichst rasch abzustimmen und zum nächsten Traktandum zu gehen.

Paul Büeler, Hofstetten, hat eine Verständnisfrage bezüglich der Darstellung der Stellenpläne.

Tanja Steiger bestätigt, dass der Gemeinderat resp. die Verwaltung sich vorgenommen haben, die DGO rasch möglichst zu überarbeiten.

Daniel Spiess, Hofstetten, gibt bekannt, dass man an der letzten Gemeindeversammlung eine Aufstockung des Kontos Hilfskräfte um CHF 40'000 gesprochen habe, um den Mitarbeitenden weiter zu beschäftigen. Er schlägt vor, die Person auf Mandatsbasis anzustellen und in zwei Jahren wieder zu prüfen, ob die Stelle noch notwendig sei. Er befürchtet bei einer Festanstellung, dass der Person nicht mehr gekündigt werden kann.

Thomas Zeis erläutert, dass der Stellenplan bis zum 01. Januar 2022 jeweils mit dem Budget genehmigt wurde. Seit dem 01. Januar 2023 müsse der Stellenplan bei Veränderungen vom Souverän genehmigt werden.

Tom Meppiel, Hofstetten, spricht von einem «Damoklesschwert» - kann die Person nun weiterarbeiten oder nicht?

Tanja Steiger wiederholt nochmals, dass die Person in einem öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis mit einem Mindestpensum von 50 % angestellt ist. Sie ruft die Stimmberechtigten dazu auf, den Fehler der letzten GV zu korrigieren und den Stellenplan des Technischen Dienstes mit 360 % zu genehmigen.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung stimmt einem Stellenplan für den Technischen Dienst mit 360% mehrheitlich zu.

4. Finanzplan 2024 - 2034

Tanja Steiger erklärt, dass der Finanzplan auf den Basisdaten des neuen Budgets 2024 für eine Periode von 10 Jahren fortgeschrieben wurde. Da der Steuerfuss umstritten ist, möchte der Gemeinderat der Bevölkerung vor der Budgetdebatte die langfristigen Auswirkungen aufzeigen.

Auf das Geschäft muss nicht eingetreten werden, da es sich lediglich um eine Information handelt.

Tanja Steiger übergibt dem Ressortleiter Finanzen, Stephan Hasler, das Wort.

Stephan Hasler führt aus, dass aufgrund der grossen Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren ein hoher Abschreibungsbedarf besteht. Zudem bedeuten die Investitionen in Gebäude einen steigenden Unterhaltsaufwand. Ohne Massnahmen würde unser Eigenkapital im Jahr 2031 aufgebraucht sein. Da die Gemeinde die Investitionen nicht aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanzieren kann, musste sie immer wieder Fremdkapital aufnehmen.

Dies hat zu Schulden von aktuell CHF 24.5 Mio. und einem steigenden Zinsaufwand geführt. Die zweifache Senkung des Steuerfusses im 2017 und 2019 haben zu weniger Steuereinnahmen geführt, wohingegen der hohe Anteil an gebundenen Kosten stetig zugenommen hat und die weitere Kostentwicklung im Bereich Soziales und Gesundheit ist unklar.

Für die Berechnungen im Finanzplan wurden folgende Parameter angenommen:

- Fortschreibung auf der Basis des Budgets 2024 über 10 Jahre
- die Teuerung wurde zwischen 0,5% (Sachaufwand) bis 2,5% (für Bereiche Soziales und Gesundheit) festgesetzt
- Zinssatz von 3 % zur Berechnung des Zinsaufwandes
- gerechnet wurde mit einem Steuerfuss von 113%
- besondere Ereignisse wurden berücksichtigt

Stephan Hasler betont, dass die Planung nach bestem Wissen und Gewissen aufgrund der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Tatsachen erstellt wurde.

In der Detailberatung zum Finanzplan erläutert Stephan Hasler die Kostenentwicklung mit Blick auf «gestern (2019), heute (2024), morgen (2030)» zu den einzelnen Bereichen:

Bereich	Treiber	Gestern	Heute	Morgen
Verwaltung	Gemeindeentwicklung, Digitalisierung, Anzahl Mitarbeitende	1.5 Mio.	1.56 Mio.	1.7 Mio.
Sicherheit	Anzahl Einsätze Feuerwehr	139'000	162'000	168'000
Bildung	Anzahl Einwohner / Schüler	5.9 Mio.	6.5 Mio.	6.9 Mio.
Kultur	Kürzung Veranstaltungen	508'000	481'000	475'000
Gesundheit	Pflegefinanzierung (Pflegefinanzierungsgesetz; Förderung der Pflegeberufe)	555'000	1'003'000	1'164'000
Soziales	Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Klima	2.6 Mio.	2.8 Mio.	3.2 Mio.
Verkehr	Gemeindestrassen, Friedhof, Löhne Technischer Dienst, Beitrag ÖV	1.2 Mio.	1.3 Mio.	1.6 Mio.
Umwelt	Gewässerverbauungen, Arten- und Landschaftsschutz, Ortsplanungsrevision	313'000	430'000	361'000
Volkswirtschaft	Gewinnausschüttung FBG	26'000	36'000	41'000

Beim Bereich Soziales nennt Stephan Hasler noch drei Beispiele für die unklare Kostenentwicklung:

- eine Aufhebung des Schutzstatus S erfolgt nicht vor März 2025.
- ab 01. August 2025 soll jede Gemeinde familienergänzende Tagesstrukturen obligatorisch anbieten
- die Gemeinden sollen die raschere Integration von ukrainischen Schutzsuchenden unterstützen. 40 % der Schutzsuchenden sollen bis Ende Jahr in den Arbeitsmarkt integriert sein.

In der Planperiode des Finanzplans sind Investitionen in der Höhe von ca. CHF 17.0 Mio. vorgesehen. Nicht mehr berücksichtigt wurde das Projekt «Neubau Werkhof und Gemeindeverwaltung», da eine Realisierung aufgrund der aktuellen Finanzlage unrealistisch scheint.

Folgende Investitionen sind geplant:

INVESTITION	ZEITRAUM	BETRAG
Tanklöschfahrzeug (netto)	2025	360'000
Bildung (inkl. SH Flüh)	2026 - 2027	5'619'000
Strassensanierungen	2025 - 2034	3'932'000
Wasserleitungen	2025 - 2034	4'524'000
Abwasser / Kanäle	2025 - 2034	2'207'000
Abfallbeseitigung	2025	100'000
Übrige (Beleuchtung, Anlagen)	2025 - 2034	530'000
TOTAL	PLAN	17'272'000

Selbstfinanzierung:

Die Berechnung der Selbstfinanzierung zeigt, dass die Gemeinde – ohne weitere Massnahmen – die geplanten Neuinvestitionen nicht mit eigenen Mitteln finanzieren kann.

	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034
Ergebnis ER	-297	-822	-1'170	-1'231	-1'596	-1'731	-1'498	-1'771	-1'905	-2'161
Nettoinvest.	751	2'835	2'990	614	1'284	20	2'520	2'991	-332	1'642
Abschreibung	1'440	1'500	1'575	1'590	1'611	1'616	805	734	721	675
Finanzbedarf	+333	-2'231	-2'665	-263	-1'301	-274	-3'341	-3'537	-1'064	-3'357

Als nächstes erklärt Stephan Hasler zwei wichtige Kennzahlen:

Nettoverschuldungsquotient:

Anteil Steuern an der Nettoschuld.

Ziel ist kleiner als 100 %, wir sind im 2023 bei knapp 50 %.

Nettoverschuldung pro Kopf:

Die Nettoverschuldung pro Einwohner liegt im 2022 bei CHF1'624; Tendenz steigend.

Stephan Hasler stellt fest, dass die Gemeinde vor allem die Entschuldung langfristig ins Auge fassen muss, und dass weder Sparen noch Steuern erhöhen alleine reicht, sondern es mehrere Massnahmen benötigt im Rahmen einer Finanzstrategie:

1. Liegenschaftsstrategie
2. Kurzfristige Einsparungen
3. Langfristige Einsparungen
4. Generieren von Mehreinnahmen (Gebühren / Steuern)
5. Bewirtschaftung Spezialfinanzierung

Stephan Hasler erteilt das Wort für Fragen:

Hugues Frainier, Flüh, ist der Ansicht, dass ein Finanzplan über 10 Jahre keinen Sinn macht. Kein grösserer Konzern sei in der Lage, eine Planung für 10 Jahre abzubilden. Er schlägt einen Zeithorizont von 4 - 5 Jahren vor.

Stephan Hasler erklärt, dass der Finanzausschuss sich darüber auch Gedanken gemacht hat, dies jedoch nicht ändern wollte, da sich die Leute gewohnt sind, den Finanzplan über 10 Jahre präsentiert zu erhalten. Tanja Steiger ergänzt, dass der 10-Jahres-Plan in der Vergangenheit Sinn machte, um die Auswirkungen der grossen Projekte (insbesondere Bau Werkhof/Gemeindeverwaltung) darzustellen.

Donat Fritsch, Hofstetten, hat den Eindruck, dass 10 Jahre zu viel sind und zudem ein Worst-Case-Szenario aufgezeigt wurde.

Felix Beck, Hofstetten, bedankt sich bei allen, die sich eingesetzt haben. Die Gemeindepräsidentin hat Aufgaben erledigt, die nicht in ihrem Ressort liegen. Seiner Meinung nach ist der Grundgedanke eines Finanzplans derjenige, Cash zu sichern, und als Instrument zur finanziellen Steuerung der Gemeinde einzusetzen. Er empfindet den Inhalt gut überlegt, vertrauenswürdig und kompetent. Er hätte in der Zeitung gelesen, dass Hofstetten über mehrere Jahre über die finanziellen Verhältnisse hinaus gelebt hätte. Der Finanzplan zeige deutlich wohin die Reise geht. Für sein Verständnis seien die Ziele nicht klar genug formuliert.

Die Mitglieder des GR müssen im Interesse des Souveräns handeln und «Ballast abwerfen», unabhängig ihrer politischen Gesinnung.

Sparen heisst nicht nur, mit den öffentlichen Mitteln sparsam umzugehen, sondern auch auf Ausgaben zu verzichten und sich auf die öffentlichen, gesetzlichen Aufgaben auszurichten. Er schaut positiv in die Zukunft, und hofft, dass der Gemeinderat ein nach dem Kollegialitätsprinzip funktionierender Gemeinderat ist, welcher nach dem Grundsatz amtet, Politik und Gesamtverantwortung für Hofstetten-Flüh gehören zusammen.

Tom Meppiel, Hofstetten, erscheint der Zeitpunkt der Präsentation des Finanzplans falsch und es stellt sich für ihn die Frage, inwieweit es notwendig ist, einen Finanzplan jetzt zu machen oder ob es besser wäre, bis zum Eintritt einer Finanzverwalterin / eines Finanzverwalters zu warten.

Sylvia Stöcklin, Hofstetten, beobachtet eine rege Bautätigkeit und stellt sich die Frage, ob die zahlreichen Zuzüger vom GR nicht goutiert würden, da diese Leute doch auch alle Steuern bezahlen würden.

Paul Büeler, Hofstetten, stellt fest, dass die Sternenbergstrasse doch auch Anschlussgebühren auslösen müsste, was von Tanja bestätigt wird mit Hinweis auf die Folie «Nettoinvestitionen».

Tim Sommer, Hofstetten, schlägt vor, die Investitionen länger hinauszuschieben. Er habe das Gefühl, man wolle der Bevölkerung Angst machen.

Stephan Hasler erwidert, dass auch er nicht gerne mehr Steuern bezahlt. Bei gewissen Investitionen sei eine Verschiebung möglich, bei einigen macht dies jedoch keinen Sinn. Er hofft, dass der Finanzplan wie präsentiert, nicht so eintrifft.

Tanja Steiger ergänzt, dass für die Erstellung des Finanzplans die vorgängig erläuterten Parameter eingesetzt wurden. Es sei zudem nicht die Absicht gewesen, irgendjemandem Angst zu machen, sondern einfach die Tatsachen darzustellen.

Eine Einwohnerin aus Flüh gibt zu bedenken, dass Privatpersonen nicht so planen, dass sie in 5 Jahren das doppelte an Schulden haben, sondern so, dass sie keine Schulden mehr haben.

Alfred Schwyzer, Hofstetten, stellt fest, dass die Gemeinde im 2034 ca. CHF 38.0 Mio. Schulden hat. Er kann keinen Schuldenabbau feststellen. Unter diesen Umständen müsste die Steuererhöhung abgelehnt werden.

Thomas Zeis weist darauf hin, dass die im Finanzplan aufgezeigten Ausgaben für die Bevölkerung getätigt werden (Unterhalt Infrastruktur etc.).

Tom Meppiel, Hofstetten, merkt an, dass die Sternenbergstrasse etliche Schlaglöcher aufweist und der Ausbau trotzdem nach hinten verschoben wird. Erneut fragt er nach, ob es der richtige Zeitpunkt war, ohne Finanzverwalterin / Finanzverwalter den Finanzplan zu erstellen.

Daniel Spiess, Hofstetten, schliesst sich den Vorrednern an. Auch er vermisst den Willen, aktiv Schulden zu tilgen. Er habe an der letzten GV geäußert, dass er dem Ortsteil Flüh das Primarschulhaus gönne, wenn dies finanzierbar sei.

Über 900 Stimmberechtigte sprachen sich für den Planungskredit für die Aufstockung des Primarschulhauses aus. Allerdings war man nicht bereit, mehr Steuern zu bezahlen. In Hofstetten können die Schülerinnen und Schüler aus Flüh nicht untergebracht werden. Zudem wird man in ca. 5 Jahren auch in Hofstetten an die Kapazitätsgrenzen stossen und zu wenig Schulraum zur Verfügung haben. Die Kosten für die Schule können nicht hinausgeschoben werden. Der Souverän sollte sich deshalb Gedanken zu einem dezentralen Schulstandort machen. Aufgrund der finanziellen Situation liegt ein Schulstandort im Dorf nicht im Bereich des Möglichen.

Heiko Keck, Flüh, empfindet die Vote von Daniel Spiess als beleidigend. So funktioniere nun mal Demokratie. Es gäbe Investitionen, die getätigt werden müssen. Er gibt zu bedenken, dass in Hofstetten ein neues Primarschulhaus für CHF 10.0 Mio. gebaut wurde. Dieses würde heute, teuerungsbereinigt CHF 14.0 Mio. kosten.

5. Budget 2024

Die Diskussion zum Budget wird von der Gemeindepräsidentin eröffnet. Fragen werden aufgenommen.

Domenik Schuppli, Hofstetten, stellt fest, dass die Urnenabstimmung vom 03. März 2024 deutlich aufgezeigt habe, dass nicht nur einige Stimmberechtigte ungewollt dem Budget zugestimmt haben. Bis zur 5. Budgetlesung war nicht erkennbar, wie der Gemeinderat das Urnenergebnis verstanden hat. Er ersucht um Erläuterung, wie der Gemeinderat dieses klare Abstimmungsergebnis interpretiert. Weiter will er wissen, weshalb das Jahresergebnis 2019 auf Seite 3 im Budget 2024 negativ dargestellt wurde.

Tanja Steiger entschuldigt sich für den Fehler; korrekt wäre CHF 400'000 plus.

Des Weiteren stellt der Votant in Frage, dass die Aussage, man hätte im Zeitraum von 2016 bis 2023 weniger Steuereinnahmen als budgetiert verzeichnet, korrekt ist. Seine Kontrolle hätten dies nicht bestätigt.

Tanja Steiger antwortet, dass die ehemalige Finanzverwalterin Sarina Gisin im Original-Budget 2024 auf Seite 10 folgenden Aussage gemacht hat: «Aufgrund der Vergleiche zwischen Budget und effektivem Ertrag der Vorjahre musste festgestellt werden, dass stets zu optimistisch budgetiert wurde. NIE war der Ertrag so hoch wie das Budget...» und bestätigt, dass man tatsächlich CHF 2.8 Millionen weniger eingenommen hat als budgetiert. Diese Aussage sei jedoch nur dann richtig, wenn man vom ganzen Bereich «9 Finanzen & Steuern» spreche.

Die Aussage von Frau Gisin kann sie sich höchstens damit erklären, dass sie sich auf eine periodenbereinigte Auswertung bezogen hätte, was jedoch nicht nachvollzogen werden kann.

Eintreten:

Dem Eintreten wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Detailberatung:

Stephan Hasler zeigt anhand einer PowerPointPräsentation die Veränderungen gegenüber des am 12. Dezember 2023 vorgelegten Budgets auf.

Insgesamt wurden Einsparungen von CHF -641'000.-- erreicht, denen Mehrausgaben in der Höhe von CHF 290'000.-- gegenüberstehen. Die Netto-Einsparungen betragen somit CHF 351'000.--.

Die vom Amt für Gemeinden vorgeschlagenen Massnahmen analysiert Stephan Hasler für die Bevölkerung wie folgt:

Total Einsparungen AGEM	CHF	411'950
Davon bereits umgesetzt	CHF	28'200
Nicht umsetzbare Positionen, da vertraglich gebunden	CHF	152'260
	CHF	231'490

Sofern man Mehrerträge bei den Ersatzabgaben der Feuerwehr generieren möchte, bedingt dies eine Reglementsänderung. Das gleiche trifft auf die Einführung einer Personalsteuer zu.

Liquiditätsplanung:

Mitte Dezember 2023 wurde zur Überbrückung eines Liquiditätsengpasses im Januar 2024 ein weiteres Darlehen über CHF 2 Mio. aufgenommen. Im Februar wurde ein weiterer Liquiditätsengpass ab Mitte April festgestellt. Daraufhin wurde die Liquiditätsplanung bis Ende 2025 erstellt. Im Finanzausschuss wurden die Optionen unter Einbezug der Experten der Geldinstitute wie auch von externen Fachspezialisten diskutiert und zuhänden des Gemeinderats vom 09. April 2024 verabschiedet.

Stephan Hasler betont, dass das Schlimmste für eine Gemeinde ist, keine liquiden Mittel zu haben. Die Liquiditätsplanung wird nun jeden Monat überprüft.

Es wurden verschiedene Optionen geprüft und verschiedene Geldinstitute angefragt:

- Kurz und langfristige Darlehen
- Kombination Kontokorrent-Kredit mit Darlehen
- Nur Kontokorrent-Kredit
- Raiffeisenbank (Hausbank)
- Postfinance (Hausbank)
- Vontobel
- Migros Bank

Stephan Hasler erläutert die verschiedenen Angebote und erklärt den Anwesenden, weshalb die gewählte Option über ein Darlehen in der Höhe von CHF 3.5 Mio. mit einer Laufzeit von 6 Jahren zu diesem Zeitpunkt die beste war.

Budget Original 2024 (GV vom 12.12.2023):	
Jahresergebnis	-976'120
Investitionen netto	3'720'790
Wasser	-51'750
Abwasser	-91'900
Abfall	+11'770
Teuerung Personal	1,5%
Feuerwehr-EA	8,0%

Budget überarbeitet 2024 (GV vom 14.05.2024):	
Jahresergebnis	-31'350
Investitionen netto	2'657'000
Wasser	-31'640
Abwasser	-108'400
Abfall	+13'760
Teuerung Personal	1,5%
Feuerwehr-EA	8,0%

5.1 Erfolgsrechnung:

Folgende Anträge wurden gestellt, zurückgewiesen, beraten und / oder beschlossen:

Position 0210.3091.00 Personalrekrutierung

Antrag Benjamin Haberthür, Hofstetten:

Benjamin Haberthür beantragt, die Position Personalrekrutierung zu kürzen, da Tanja Steiger diese Arbeit, die sie während des Wahlkampfes als besondere Stärke ausgelegt hatte, selbst übernehmen kann.

Aline Marro nimmt dazu wie folgt Stellung: «Es handelt sich bei der Vakanz «Finanzverwaltung» um eine Spezialisten Stelle. Es gäbe kaum Fachleute im Markt und die Suche gestaltet sich äusserst schwierig. Tanja Steiger soll ihre Priorität auf das Amt als Gemeindepräsidentin legen und sich nicht mit solchen Arbeiten beschäftigen; dies wäre am falschen Ort gespart.»

Tanja Steiger informiert, dass diese Position nicht gekürzt werden kann, da das Personalrekrutierungsmandat bereits erteilt wurde und es sich um gebundene Kosten handelt. Daher kann auf diesen Antrag nicht eingetreten werden.

Position 2136.3637.00 Nicht subventionierte U-Abos

Antrag Evelyne Standke, Flüh und Andreas Stoecklin, Flüh:

Die Gemeinde soll den Beitrag an die U-Abos in der Höhe von CHF 21'000.-- für die Schüler aus Flüh wieder ins Budget aufnehmen.

Evelyne Standke, Flüh, bezieht sich in ihrem Votum auf die Tatsache, dass Hofstetten-Flüh die einzige Gemeinde wäre, die diesen Beitrag streicht. Sie möchte zudem eine Bevorzugung der Hofstetter Kinder vor Flühner Kinder vermeiden. Der Elternrat ist der Meinung, dass es bei diesem Beitrag nicht nur um die Finanzierung der Bus- und Tramfahrten gehe, sondern auch darum, sich zu treffen und Hausaufgaben oder Gruppenarbeiten gemeinsam zu machen. Zudem würden auch der Umweltgedanke und die Sicherheit wichtige Faktoren sein.

Andreas Stoecklin, Präsident IG Flüh, möchte die Vote von Evelyne Standke untermauern. Die Ungleichbehandlung sei nicht nachvollziehbar. Ebenfalls müssten auch die CO₂-Emissionen beachtet werden. Zudem sei der Beitrag ein Argument für die Attraktivität der Gemeinde (gratis ÖV, Unterstützung von finanziell schwächer gestellten Personen). Er schliesst sich dem Antrag von Evelyne Standke an.

Andrea Meppiel, informiert, dass der Kanton die U-Abos der Schülerinnen und Schüler (SuS) aus Hofstetten subventioniert, diejenigen der SuS aus Flüh hingegen nicht. Bisher hat die Gemeinde daher diese Kosten übernommen. Bei 34 SuS sind dies U-Abo-Kosten von CHF 19'380.--.

Beschluss Antrag Evelyne Standke:

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Antrag, die Kosten in der Höhe von CHF 21'000.-- wieder in das Budget 2024 aufzunehmen, grossmehrheitlich zu.

Domenik Schuppli, Hofstetten, hat noch eine Frage zur Erfolgsrechnung. Wie gross wird die Wahrscheinlichkeit eingeschätzt, einen Kredit für die Aufstockung des Primarschulhauses Flüh zu erhalten?

Tanja Steiger glaubt, dass die Hausbanken (Raiffeisen und Postfinance) Optionen anbieten werden, ohne jedoch Versprechungen machen zu können. Kurt Schwyzer ergänzt, dass es bei der Aufstockung zu Verzögerungen kommen wird. Dies aufgrund der Tatsache, dass der Entscheid auf die Urne vertagt wurde und eine Realisierung somit erst im 2026 stattfinden kann.

Daniel Spiess, Hofstetten, spricht im Namen der Ortspartei SVP Leimental, die sich Gedanken zur heutigen Gemeindeversammlung gemacht hat. Während des Budgetprozesses sei festgestellt worden, dass Unsicherheiten bestehen, weshalb beispielsweise angeboten wurde, das Budget durch externe Fachpersonen prüfen zu lassen. Über das Budgetchaos wie auch über Aussagen zur Höhe des Steuerfusses sei in der bz zu lesen gewesen. Die SVP hätte festgestellt, dass viele Positionen noch immer «Nice-to-Have» sind.

Donat Fritsch, Hofstetten, möchte pragmatisch vorgehen und nicht mehr lange über 3 % mehr oder weniger debattieren. Der Gemeinderat hätte sich Mühe gegeben und einen Lernprozess durchlaufen. Er hat es dennoch ohne Finanzverwaltung geschafft, dem Souverän heute Abend ein Budget vorzulegen. Um heute Abend zu einem Ziel zu kommen, bittet Donat Fritsch darum, sich kurz zu fassen und Anträge zu stellen.

Position IT-Budget Allgemein

Antrag Michael Hauser, Flüh:

Die Gemeinde soll die Digitalisierung weiter vorantreiben und daher CHF 20'000.-- zusätzlich in das Budget 2024 im Bereich IT aufnehmen.

Beschluss Antrag Michael Hauser:

Die Gemeindeversammlung lehnt den Antrag mit 136 NEIN zu 132 JA ab.

Hanspeter Schoop, Flüh, gibt zu bedenken, dass etliche Gemeinden denselben Steuerfuss bei juristische Personen und natürlichen Personen anwenden.

Antrag Hanspeter Schoop, Flüh

Hanspeter Schoop stellt den Antrag, den Steuerfuss für juristische Personen demjenigen der natürlichen Personen anzupassen.

Dieser Antrag wird bei der Beratung des Steuerfusses behandelt.

Position 5730.4631.00 Rückerstattung Asylunterstützung

Alfred Scheiwiller, Flüh, macht darauf aufmerksam, dass er als Präsident der Arbeitsgruppe Asylwesen genau wisse, wie viele Wohnungen vorhanden sind (12 angemietete in Flüh und Hofstetten; 3 gemeindeeigene in Hofstetten) und wieviel Geld pro Asylsuchenden gesprochen wird. Er erachtet Einnahmen von CHF 30'000.-- als realistisch. Budgetiert sind CHF 20'000.--.

Position 0292.3111.00 Anschaffung Mobilien, Geräte, Fahrzeuge

Antrag Domenik Schuppli, Hofstetten:

Der Antragsteller bedauert, dass die Gemeinde kein Geld für die Beschaffung von zwei Toren auf dem Mammut-Sportplatz zur Verfügung stellt. Er beantragt, CHF 4'000.-- für zwei neue Goals aufzunehmen.

Beschluss Antrag Domenik Schuppli:

Die Gemeindeversammlung stimmt diesem Antrag grossmehrheitlich zu.

Position 0222.3132.00 Beratung (Fachberatung)

Antrag Domenik Schuppli, Hofstetten:

Um die verursachten Mehrausgaben zu kompensieren, beantragt er die Kürzung der Position Beratung um CHF 4'000.--. Diese Ausgabe sei nicht notwendig, da der Bauverwalter die Ausbildung seines neuen Mitarbeitenden selbst übernehmen soll.

Beschluss Antrag Domenik Schuppli:

Die Gemeindeversammlung stimmt diesem Antrag mit 141 JA zu 133 NEIN zu.

Heiko Keck ist der Meinung die Vergütungen der Kommissionsmitglieder sowie diejenigen der Präsidien und Aktuare seien relativ hoch. Er sei verbunden mit der Gemeinde und daher gerne bereit, Arbeiten für die Gemeinde zu machen.

Antrag Heiko Keck, Flüh:

Heiko Keck beantragt, die Vergütung der Kommissionsmitglieder und -präsidenten in der Höhe von CHF 3'500.--, Aktuar CHF 1'500.-- zu überprüfen

Gemäss Tanja Steiger handelt es sich um gebundene Kosten (Dienst- und Gehaltsordnung/Reglement). Daher kann auf diesen Antrag nicht eingetreten werden. Der Gemeinderat wird diese Anregung im Rahmen einer Überarbeitung der DGO mit einbeziehen.

Position 3414.3144.01 Unterhalt Sportplatz Chöpfli

Antrag Daniel Spiess, Hofstetten:

Der Rasen auf dem Sportplatz Chöpfli soll nur noch zwei Mal pro Jahr gelocht werden. Daniel Spiess beantragt, die Position um CHF 12'000.-- zu kürzen.

Stephan Oser, Flüh, geht davon aus, dass diese Position noch andere Kosten beinhaltet.

Tanja Steiger bestätigt, dass in dieser Position u.a. auch CHF 6'000.-- für Dünger und CHF 28'000.-- für den Unterhalt (Kleinreparaturen und Unterhalt Zäune) inkludiert sind.

Kurt Schwyzer, vermeldet, dass die gesamte Sportanlage viel Geld kostet und es fahrlässig wäre, eine Position zu streichen, ohne die Folgen zu kennen.

Andrea Meppiel, erwähnt, dass die Arbeitsgruppe Chöpfli bereits zwei Sitzungen abgehalten hat. Dabei wurde das Lochen, welches drei Mal von der Firma Swiss-Green ausgeführt wird thematisiert. Aus ihrer Sicht ist es vertretbar, diese Arbeit im 2024 nur zwei Mal zu machen.

Andreas Meier, Leiter Technische Dienste, Hofstetten, bestätigt, dass sich die Arbeitsgruppe intensiv mit der Sportanlage Chöpfli befasst hat. Seiner Meinung nach wäre eine Reduktion von drei auf zwei Mal Lochen sicher falsch. Er findet die Arbeitsgruppe gut, aber ihm gehe das Ganze zu schnell.

Gerd Oser, Hofstetten, ist der Meinung, dass die Verfügbarkeit der Anlage momentan nicht überwältigend ist und Trainings und Matches verschoben werden müssen. Dennoch wäre es zu kurz gegriffen, einen solchen Entscheid im jetzigen Moment zu treffen. Dies sollte sorgfältig mit der Firma SwissGreen angeschaut werden.

Cornelia Plattner, Hofstetten, macht auf die Verkehrssituation am Chöpflweg aufmerksam.

Tanja Steiger bestätigt, dass dieser Punkt in Arbeitsgruppe ebenfalls diskutiert wird.

Beschluss Antrag Daniel Spiess:

Die Gemeindeversammlung beschliesst mit 168 NEIN gegen 119 JA, keine Kürzung vorzunehmen.

Position 2140.3636.00 Beiträge an Förderverein Musikschule

Antrag Paul Büeler, Hofstetten:

Paul Büeler beantragt, den Kredit auf dieser Position generell zu streichen, da es sich um einen freiwilligen Beitrag an den Förderverein Musikschule handelt.

Evelyne Standke, Flüh, macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um einen Förderverein handelt, der finanzschwächere Eltern finanziell unterstützt.

Beschluss Antrag Paul Büeler:

Die Gemeindeversammlung lehnt den Antrag, diese Position zu streichen grossmehrheitlich ab.

Position 7500.3130.00 Neophytenbekämpfung

Antrag Paul Büeler, Hofstetten:

Paul Büeler stellt den Antrag, die Neophyten Bekämpfung von CHF 5'000.-- auf CHF 2'500.-- zu reduzieren.

Auf diesen Antrag kann nicht eingetreten werden, da es sich um «gebundene Kosten» handelt, basierend auf:

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG, SR 814.20, Art. 1 – 3)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz USG SR 814.01 (Art. 29 a – h)
- Verordnung über den Umgang mit Organismen in der Umwelt (FrSV, insbesondere Art. 15 Abs. 2)
- Regierungsratsbeschlüsse Kanton Solothurn (RRB 2008/891, 2013/436)
- Kantonale Biosicherheitsverordnung (BioSV, BGS 812.2)

Position 7690.3130.09 Beiträge an Verbände (Energienstadt-Label)

Antrag Paul Büeler, Hofstetten:

Paul Büeler stellt den Antrag, aus dem Energienstadt-Label auszutreten, da er dieses überflüssig findet. Diverse Gemeinden hätten davon schon Abstand genommen.

Beschluss Antrag Paul Büeler:

Tanja Steiger antwortet, dass der Gemeinderat vorgängig abklären müsse, ob und per wann ein Rücktritt möglich wäre.

Position 7500.3130.00 Neophytenbekämpfung

Andrea Meppiel, kommt nochmals auf die Position Neophytenbekämpfung zu sprechen. Sie hat benannten Regierungsratsbeschluss vorliegen. Dieser gebe jedoch lediglich vor, dass Neophyten bekämpft werden müssen. Aus ihrer Sicht sind diese Kosten daher nicht betraglich gebunden.

Rückkommensantrag Andrea Meppiel:

Andrea Meppiel stellt einen Rückkommensantrag auf diese Position und verlangt die Kürzung des Betrags von CHF 5'000.-- auf CHF 2'500.--.

Konrad Gschwind, Hofstetten, Präsident AG Naturschutz, ergreift das Wort. Er erklärt, dass seit über 10 Jahren die Neophytenbekämpfung stattfindet, welche konkret durch die ForstBetriebsGemeinschaft am Blauen (FBG) ausgeführt wird. Der Aufwand in Höhe von CHF 5'000.-- ist realistisch und variiert jedes Jahr. Dank der intensiven Neophytenbekämpfung steht die Gemeinde heute gut da. Eine Reduktion des Betrags würde die Situation wieder verschlechtern.

Beschluss Rückkommensantrag Andrea Meppiel:

Der Rückkommensantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Position 7500.3635.00 Umsetzung Naturkonzept

Antrag Paul Büeler, Hofstetten:

Paul Büeler stellt den Antrag, die Position «Umsetzung Naturkonzept» in Höhe von CHF 21'500.-- zu streichen.

Tanja Steiger stellt fest, dass es sich hierbei um einen Gemeinderatsbeschluss über «Gemeindebeiträge an Elemente Natur im Offenland» handelt und Verträge dazu bestehen. Somit handelt es sich um gebundene Kosten und es kann kein Antrag dazu gestellt werden.

Position 7690.3130.09 Beiträge an Verbände (Energienstadt-Label)

Antrag Paul Büeler, Hofstetten:

Paul Büeler stellt den Antrag, den Mitgliederbeitrag an den Trägerverein «Energienstadt» in Höhe von CHF 1'900.-- zu streichen.

Heinz Schwyzer, Präsident der EUWK, stellt fest, dass Sachen nicht gestrichen werden sollten, ohne die Zusammenhänge zu kennen. Alle Gemeinde, die aus dem Trägerverein ausgestiegen sind, haben eine eigene Person für diesen Bereich angestellt. Die Mitgliedschaft hätte Vorteile, der Trägerverein setzt die Leitplanken, eine externe Beratung ohne Energienstadt käme viel teurer. Heinz Schwyzer weist auf die Energiestrategie 2050 des Bundes hin.

Tanja Steiger weist darauf hin, dass der Souverän dem Energielabel zugestimmt hat. Der Beitrag muss somit bezahlt werden. Der Gemeinderat kann die Kündigungsmöglichkeiten jedoch prüfen.

Beschluss Antrag Paul Büeler:

Die Stimmberechtigten stimmen der Streichung des Mitgliederbeitrags vorbehältlich der Prüfung der vertraglichen Kündigungsmöglichkeiten mit 160 JA zu 105 NEIN zu.

Position 7301.3130.04 Häckseldienst (Aufwand£)

Antrag Philippe Matter, Hofstetten:

Der Häckseldienst (CHF 33'000.--) soll um 50 % reduziert werden.

Der Häckseldienst gehört zur Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung.

Es ist Aufgabe der Energie-, Umwelt- und Werkkommission (EUWK), Sammlungen zu organisieren (Papiersammlung, Alteisen etc.). Hofstetten-Flüh ist Aktionär der KELSAG und somit an der Biogasanlage mit 17 % beteiligt. Die EUWK reduziert dort Kosten, wo es sinnvoll ist. Einfach so etwas zu streichen, sei nicht zielführend. Die EUWK hat einen Auftrag vom Gemeinderat erhalten, eine Präsentation zu erstellen. Heinz Schwyzer bittet die Anwesenden diese abzuwarten, bevor solche «Hüftschüsse» gemacht werden.

Beschluss Antrag Philippe Matter:

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Gertrud Oser, Hofstetten, betont, es werden Abschreibungen von CHF 1.4 Mio. getätigt. Mit diesen sollten Schulden zurückbezahlt werden können.

5.2 Investitionsrechnung

Stefan Hasler erläutert die Investitionsrechnung 2024, welche Investitionen in Höhe von CHF 2'917'000.-- (Netto: CHF 2'657'000.--) vorsieht.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Investitionsrechnung mit Netto-Investitionen in Höhe von CHF 2'657'000.-- zu genehmigen.

Da es keine Fragen gibt, wird abgestimmt.

Beschluss:

Die Investitionsrechnung 2024 wird grossmehrheitlich genehmigt.

5.3 Spezialfinanzierungen:

Stephan Hasler erklärt, dass die drei Spezialfinanzierungen als separate Kassen geführt werden (Wasser-, Abwasser- und Abfallkasse). Diese müssen sich selber finanzieren können, d.h. die erzielten Einnahmen müssen ausreichen, um die Aufwendungen zu bezahlen.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Spezialfinanzierungen zu genehmigen.

Die Spezialfinanzierungen haben ein solides Eigenkapital.

Beschluss:

Der Souverän beschliesst die Spezialfinanzierungen wie folgt:

Wasserversorgung	CHF -31'640
Abwasserbeseitigung	CHF -91'900
Abfallbeseitigung	CHF 13'760

Felix Beck, Hofstetten, möchte den Grund für die hohen Kosten bei den Gewässerverbauungen wissen.

Tanja Steiger erläutert, dass es sich hierbei um Hochwasserschutzmassnahmen des Talbachs in Flüh handelt.

Magdalena Bertele, Flüh, möchte wissen, wieso der 1. August und Banntag nicht mehr durch die Gemeinde finanziert werden.

Saskia Aebi erklärt, dass diese Positionen nicht gestrichen wurden, sondern der Banntag im Notbudget-Zustand der Gemeinde stattfand und daher keine Kosten generieren durfte und der 1. August sei nicht gestrichen worden.

5.4 Teuerung:

Tanja Steiger stellt fest, dass der Kanton für seine Angestellten eine Teuerung von 2 % gesprochen hat. Der Gemeinderat hat entschieden, die Teuerung auf 1.5 % festzulegen.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Teuerung für das Personal auf 1.5 % festzusetzen.

Gino Loeliger, Flüh, möchte wissen, was die Teuerungszulage in Franken ausmacht.

Gemäss Berechnung von Sandra Seiler ergeben sich Mehrausgaben von ca. CHF 20'000.--.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung folgt dem Antrag des Gemeinderats grossmehrheitlich.

5.5 Steuerfuss:

a) Natürliche Personen

Stephan Hasler erklärt, dass ein Steuerprozent ca. CHF 123'000.-- entspricht. Somit ergeben sich bei einer Erhöhung des Steuerfusses für natürliche Personen um 3 % Mehreinnahmen von gut CHF 370'000.--.

Bei einem Steuerfuss von 110 % würde ein Ergebnis von CHF -402'819.-- resultieren, bei 113 % ergibt sich ein Defizit von CHF -31'350.--.

Das kantonale Amt für Gemeinden (AGEM) empfiehlt eine Eigenkapital-Reserve von CHF 3 - 4 Mio.

Die finanzpolitischen Reserven liegen bei CHF 3.6 Mio.

Stephan Hasler erläutert anhand anschaulicher Folien, wie Jahresergebnisse durch Sondereffekte verbessert werden können, beispielsweise durch Landverkäufe oder durch die Auflösung der Neubewertungsreserven. In Jahren mit positiven Ergebnissen ist es möglich, die Ertragsüberschüsse in die finanzpolitischen Reserven einzulegen. Mit den finanzpolitischen Reserven kann eine Verschuldung abgedeckt werden.

Benjamin Haberthür, Hofstetten, teilt den Anwesenden mit, dass er als Zuhörer an etlichen GR-Sitzungen war. Er war erstaunt, dass ganz zum Schluss der Debatte ein Antrag auf 113 % erfolgte. Die Steuereinnahmen seien sehr vorsichtig budgetiert und Einnahmen aus Vorjahren nicht berücksichtigt worden. Aus seiner Sicht muss das Ziel heissen, sparen, sparen und nochmals sparen. Erst wenn alles ausgereizt sei, kann über eine Erhöhung abgestimmt werden.

Antrag Benjamin Haberthür, Hofstetten:

Benjamin Haberthür stellt den Antrag, den Steuerfuss für natürliche Personen auf 110 % festzulegen.

Micha Obrecht, Ortsparteipräsident Mitte, Hofstetten, möchte das Votum von Gertrud Oser nochmals aufnehmen, dass mit Abschreibungen Schulden zurückbezahlt werden können. Aufgrund des Aufwandüberschuss von effektiv CHF 400'000.-- empfiehlt er die Annahme von 113 %. Tiefe Steuern für juristische Personen könnten Firmen dazu bewegen, ihren Sitz nach Hofstetten-Flüh zu verlegen. Er korrigiert die Aussage seines Vorredners, wonach der Finanzausgleich sich nach der Steuerkraft und nicht nach dem Steuerfuss berechnet.

Stephan Fullin, Vizepräsident Ortspartei FDP, Flüh, hat sich ebenfalls Gedanken gemacht über den Steuerfuss und kann 113 % vertreten. Gemäss seinen Überlegungen müsste man auf 130 % erhöhen, um die Schulden von CHF 24 Mio. abzubauen. Er sieht, dass die Manövriermasse aufgrund der gebundenen Kosten nicht sehr gross ist und begrüsst die vom Ressortleiter Finanzen präsentierten Massnahmen. Er hat Vertrauen in den Gemeinderat und dankt den Beteiligten für die Arbeit.

Gino Loeliger, Flüh, appelliert an den Souverän: der Steuerzahler hat Anrecht darauf, zu wissen, wie die Gemeinde saniert werden kann und auf wie viel der Steuerfuss anwachsen wird. Bevor mehr bezahlt wird, will er wissen, für was er mehr bezahlt. Die Schulden wachsen enorm an.

Antrag Gino Loeliger, Flüh:

Gino Loeliger stellt den Antrag, über den Steuerfuss an der Urne abzustimmen.

Tanja Steiger informiert, dass über diesen Antrag erst nach der Schlussabstimmung abgestimmt werden kann.

Raphael Schwitter, Hofstetten, vertritt die Ansicht, dass die Kommissionen intensiv über die Bücher gegangen sind und eingespart haben, wobei vieles auch einfach herausgeschoben wurde, z.B. Investitionen, die getätigt werden müssen. Es muss unsere Aufgabe sein, Schulden zu tilgen, um sie nicht unseren Kindern vererben zu müssen. Effektiv nötig wäre hierzu wohl ein Steuerfuss von 119 % bis 122 %.

Antrag Raphael Schwitter, Hofstetten:

Raphael Schwitter stellt den Antrag, den Steuerfusses auf 116 % festzulegen.

Tanja Steiger ergreift das Wort. Sie habe sich in den letzten Wochen sehr intensiv mit dem Budget befasst und Optionen abgewogen. Niemand hat Interesse daran, mehr Steuern zu bezahlen, auch sie nicht. Die Erhöhung des Steuerfusses allein ist denn auch nicht die Lösung der Situation; es braucht einen Strauss an Massnahmen. Als verantwortungsvolle und verantwortungsbewusste Gemeindepräsidentin obliegt es ihr, die richtigen Massnahmen zu treffen, wozu auch eine Steuererhöhung gehöre. Sie ist überzeugt, mit den präsentierten Massnahmen die Gemeinde wieder zu einer schönen und einzigartigen Gemeinde zu entwickeln. In den vergangenen

Stunden habe sie aufgezeigt, zu welchen Bedingungen Schulden abgebaut werden können. Es muss weiterhin fest gespärt werden, diese Botschaft ist bei allen angekommen. Wenn jetzt der Steuerfuss nicht erhöht wird, wird die Gemeinde im nächsten und in den kommenden Jahren vor Problemen stehen. Der Souverän hat einer zweimaligen Steuersenkung zugestimmt, nun liegt es an uns, den Schlamassel auszubaden.

Eine Urnenabstimmung macht für sie keinen Sinn. Sie blockiere ein normales Arbeiten nur unnötig länger.

Tanja Steiger weist darauf hin, dass bei einer erneuten Ablehnung des Budgets und Steuerfusses das Amt für Gemeinden die «Regierung» übernehmen wird. Und dies könne nicht unsere Idee sein, sei es doch auch nicht die Art von Zusammenarbeit, die sich das AGEM wünschen würde.

Tanja Steiger appelliert an die Versammlung, dem Budget 2024 und dem Steuerfuss zuzustimmen und dem Gemeinderat zu vertrauen.

Gerd Oser, Hofstetten, führt aus, dass man nun endlich gemeinsam nach vorwärts leben soll und nicht Flüh gegen Hofstetten oder rechts gegen links ausspielen soll. Wir möchten den Kindern später in die Augen sehen können. Wir sind eine Gemeinde und nicht 3'000 Individualisten! Er votiert dafür, dem Gemeinderat zu vertrauen.

Antrag 110 % gegen 116 %:

Die Anträge werden gegeneinander abgestimmt.

Beschluss:

Der Antrag 110 % obsiegt gegen den Antrag auf 116 % mit 166 JA zu 94 NEIN.

Antrag 113 % gegen 110 %:

Die Anträge werden gegeneinander abgestimmt.

Beschluss:

Der Antrag auf die Festlegung des Steuerfusses für natürliche Personen auf 113 % obsiegt gegen den Antrag auf 110 % mit 206 JA zu 106 NEIN.

b) Juristische Personen

Hanspeter Schoop hat zu Beginn der Budgetdebatte darauf hingewiesen, dass seiner Meinung nach der Steuerfuss für juristische Personen gleich hoch sein soll, wie für natürliche Personen. Etliche Gemeinden würden dies so handhaben. Aktuell liegt der Steuerfuss in unserer Gemeinde für juristische Personen bei 100 %.

Antrag Hanspeter Schoop, Flüh

Hanspeter Schoop stellt den Antrag, den Steuerfuss für juristische Personen auf 113 % festzulegen.

Enrico Bernasconi, Hofstetten, findet 113 % für juristische Personen zu hoch.

Antrag Enrico Bernasconi, Flüh:

Enrico Bernasconi stellt den Antrag, den Steuersatz für juristische Personen auf 103 % festzusetzen.

Hanspeter Schoop, Flüh, mag sich erinnern, dass vor zwei, drei Jahrzehnten ein Antrag auf Senkung des Steuerfusses für juristische Personen gestellt wurde. Aus seiner Sicht machen 103 % keinen Sinn.

Antrag 103 % gegen 113 %:

Die Anträge werden gegeneinander abgestimmt.

Zwischenergebnis «juristische Personen»:

Der Antrag von 113 % obsiegt grossmehrheitlich über den Antrag von 103 %.

Antrag 113 % gegen 100 %:

Die Anträge werden gegeneinander abgestimmt.

Beschluss «juristische Personen»:

Der Antrag von 113 % obsiegt grossmehrheitlich über den Antrag des Gemeinderats, den Steuerfuss für juristische Personen auf 100 % zu belassen.

Bevor über den Antrag zur Urnenabstimmung abgestimmt wird, wird nochmals neu nachgezählt:

Anzahl Stimmberechtigte:	333
Notwendige 1/3 Mehrheit für Urnenabstimmung:	111

Antrag Gino Loeliger, Flüh:

Gino Loeliger wiederholt seinen Antrag, über das Budget und den Steuerfuss an der Urne abzustimmen.

Beschluss Antrag Gino Loeliger:

Der Antrag erreicht mit 55 JA Stimmen die notwendige 1/3 Mehrheit nicht. Es erfolgt keine Urnenabstimmung.

5.6 Ersatzabgabe Feuerwehr:

Die Feuerwehr-Ersatzabgabe soll auf dem bisherigen Niveau belassen werden.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, die Feuerwehr-Ersatzabgabe auf 8% der einfachen Staatssteuer festzusetzen (min. CHF 20.-- resp. max. CHF 400.--).

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung folgt dem Antrag des GR mit 218 JA und 6 NEIN.

5.7 Ermächtigung des Gemeinderates:

Antrag:

Der Gemeinderat wird ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget durch die Aufnahme von Fremdmitteln / Darlehen zu decken.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung folgt dem Antrag des GR grossmehrheitlich.

Folgende Beschlüsse zum Budget 2024 wurden gefasst:

- 5.1 Der **Erfolgsrechnung** mit den beschlossenen Anträgen wurde grossmehrheitlich zugestimmt.
- 5.2 Die **Investitionsrechnung** wurde grossmehrheitlich angenommen.
- 5.3 Die **Spezialfinanzierungen** Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallbeseitigung wurden grossmehrheitlich angenommen.
- 5.4 Der **Teuerungszulage** von 1.5 % für das Gemeindepersonal (haupt- und nebenamtlich) wurde grossmehrheitlich zugestimmt.
- 5.5 Der **Steuerfuss** gemäss Art. 4 des Gemeindesteuerreglements für natürliche Personen wurde auf 113 % und für juristische Personen auf 113 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
- 5.6 Die **Feuerwehrabgabe** wurde auf 8 % der einfachen Staatssteuer oder min. CHF 20.-- / max. CHF 400.—festgesetzt.
- 5.7 Der Gemeinderat wurde ermächtigt, allfällige Finanzierungsfehlbeträge gemäss vorliegendem Budget durch die Aufnahme von Fremdmitteln / Darlehen zu decken.

5.8 Schlussabstimmung:

Tanja Steiger führt aus, dass nachdem alle Änderungsanträge zu einzelnen Positionen im Budget bereinigt wurden, nun die Schlussabstimmung über das Budget folgt.

Antrag:

Wollen Sie das Budget mit den zuvor beantragten und beschlossenen Änderungen annehmen?

Beschluss:

Das Budget wird mit den zuvor beantragten und beschlossenen Änderungen grossmehrheitlich und mit tosendem Applaus beschlossen. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die entsprechenden Anpassungen und allfälligen Folgeanpassungen vorzunehmen.

Tanja Steiger dankt den Stimmberechtigten für das Vertrauen.

6. Postulat «Wildplakatierung» der SP

Tanja Steiger verliest die Eingabe der Postulanten. Auf das Geschäft wird eingetreten. Aufgrund der vorgerückten Zeit stellt Domenik Schuppli einen Ordnungsantrag.

Ordnungsantrag Domenik Schuppli, Hofstetten:

Das Traktandum 6 soll nicht mehr beraten, sondern direkt beschlossen werden.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung stimmt dem Ordnungsantrag grossmehrheitlich zu.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, das Postulat als NICHT ERHEBLICH zu erklären.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung erklärt das Postulat mit 145 zu 66 Stimmen als NICHT erheblich.

7. Verschiedenes

Heiko Keck, Flüh, bedauert, dass der Gemeinderat beschlossen hat, Beschlussprotokolle zu verfassen. Somit könne man den Meinungsbildungsprozess nicht mehr mitverfolgen. Er bittet darum, dies nochmals zu überdenken.

Die Gemeinderäte verdanken die geleistete Arbeit von Tanja Steiger und Sandra Seiler zum Budget 2024 und übergeben zwei Blumensträusse.

Schluss der Versammlung: 23: 46 Uhr

Tanja Steiger
Gemeindepräsidentin

Verena Rüger-Schöpflin
Gemeindeschreiberin